

Kanton düpiert Blumenhaus Buchegg

Sonderschule Der Kanton will seine Spezialangebote im Sonderschulbereich neu aufgleisen, um unter anderem ein Angebotsdefizit im Ostteil des Kantons zu verbessern. Dazu wurde eine umfassende Submission über Angebote für Kinder und Jugendliche, die in drei Bedarfsstufen eingeteilt wurden, durchgeführt. Das Blumenhaus bewarb sich mit seinen Angeboten in den Bedarfsstufen 2 und 3. Von 30 Losen, die dort vergeben wurden, erhielt das Blumenhaus kein einziges Los. Damit sind die Bereiche Sonderschule und Internat, die 50 Prozent des Umsatzes im Blumenhaus Buchegg ausmachen, stark gefährdet – und dies nach einem erst kürzlich erfolgten Neubau. (uby) **Meinung, Region**

Kommentar

Vernichtung von Ressourcen

Es ist ein guter Gedanke, dass man schwerbehinderte Kinder nicht mehr täglich von Olten nach Solothurn in die Schule transportieren will. Es macht Sinn, im Ostteil des Kantons eine entsprechende Schulinfra-



Solothurner
Meinung

struktur aufzubauen. Letztlich wird damit dem Willen des Soveräns Genüge getan, der dafür die gesetzlichen Grundlagen im Volksschulgesetz, im Behindertengleichstellungsgesetz und in der Behindertenrechtskonvention geschaffen hatte. Aber die kantonale

Umsetzung ist zum Planspiel am Bürotisch verkommen. Nichts spricht gegen den Aufbau von Schulinfrastruktur im Osten. Aber dass im Westen vorhandene Infrastruktur in Kyburg-Buchegg nicht mehr für die Sonderschule genutzt werden darf und einige Kilometer entfernt in Grenchen und Solothurn Infrastruktur eventuell aufgebaut werden muss, ist fragwürdig. Was ist passiert, dass das anerkannte Blumenhaus in einer seiner Kernkompetenzen nicht zum Zug gekommen ist? Hat hier der Kanton unnötig eine Submission lanciert und trägt Sandkastenspiele auf den

Schultern der bestehenden Institutionen, den Kindern und deren Eltern aus? Oder hat das Blumenhaus die Submission auf die leichte Schulter genommen und zu wenig gepunktet, weil die Aufgaben nicht ernsthaft genug gemacht wurden?

Was auch immer. Diese Vernichtung von Ressourcen, die anderswo, nicht weit entfernt, wieder aufgebaut werden müssen, ist nicht nachvollziehbar. Das muss geklärt und allenfalls korrigiert werden. Die Politik ist gefordert.

Urs Byland
urs.byland@chmedia.ch